

Dringlichkeitsantrag

des Klubobmanns Dominik Oberhofer und Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb betreffend:

**Stopp der populistischen und abschreckenden Politik der Bundesregierung:
1,50 Euro Stundenlohn für Asylwerber_innen für gemeinnützige Tätigkeiten
sind zu wenig!**

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass der Stundenlohn für Asylwerber_innen für gemeinnützige Tätigkeiten für 1,50 Euro zu senken, nicht umgesetzt wird.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Föderalismus und europäische Integration

Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten

Begründung

Mit dem Entwurf von Innenminister Herbert Kickl soll die Bezahlung für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro österreichweit vereinheitlicht werden. Die vom Bundeskanzler Sebastian Kurz unterstützte Änderung führt nur zur Erschwerung der derzeitigen Situation. Asylwerber_innen haben ohnehin keinen Anspruch auf Mindestsicherung, Familienbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld. Die finanzielle Unterstützung liegt somit geringer als die der österreichischen Bürger_innen in finanzieller Notlage.

Die Herabsetzung auf 1,50 Euro fördert weder die Integration, noch erweckt es positive Auswirkungen auf die Zukunft. Anstelle der Erschwerung des Alltags und der Separation der Asylwerber_innen von der Arbeitswelt, sollten wir in der

Lage sein, durch realistische, Erfolg bringende Maßnahmen das Zusammenleben zu fördern. Es wird versucht mit neuen Regelungen dem „zu viel verdienen“ der Asylwerber_innen entgegenzuwirken, unwissend, dass diese unfaire Entlohnung auch den Druck auf andere Beschäftigte, in Form von Lohndumping herbeiführen wird. Der Tiroler Landtag muss ein entschlossenes gemeinsames Zeichen setzen, dieser ewig gestrigen Politik einen Riegel vorzuschieben. Der Landtag muss sich im Bund dafür stark machen, dass diese unmenschliche Maßnahme nicht umgesetzt wird.

Die **Dringlichkeit des Antrags** wird durch die von Innenminister Herbert Kickl erst kürzlich angekündigte Änderung, 1,50 Euro als Bezahlung für gemeinnützige Tätigkeiten von Asylwerber_innen festzusetzen, begründet.



Innsbruck, am 28. März 2019